Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Donnerstag, dem 05.06.2025, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)

Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:30 Uhr

			Seite
	I. Öffentlicher Teil		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		**5**
2.	Bericht der Verwaltung		**6**
3.	Vorstellung des Aufgabengebiets der Amtsapothekerin im Gesundheitsamt	**104/2025**	**9**
4.	Vorstellung des Projektes „Stärkende Lebenswelten für die seelische Gesundheit von Kindern“	**102/2025**	**11**
5.	Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde	**092/2025**	**13**
6.	Sachstandbericht zur aufsuchenden Seniorenberatung "Besser jetzt - gut beraten ins Alter"	**106/2025**	**15**
7.	Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus	**084/2025**	**16**
8.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.05.2025 - Zusätzlicher Standort zur Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege	**108/2025**	**17**

Anlagen

Anlage 1	Präsentation Bürgerfest (TOP 2)
Anlage 2	Präsentation Aufgabengebiet der Amtsapothekerin (TOP 3)
Anlage 3	Präsentation Stärkende Lebenswelten für die seelische Gesundheit von Kindern (TOP 4)
Anlage 4	Präsentation Tätigkeitsbericht WTG (TOP 5)
Anlage 5	Präsentation Besser jetzt – gut beraten ins Alter (TOP 6)
Anlage 6	Präsentation Kreisentwicklungsprogramm (TOP 7)

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Anlauf, Andreas
Blömker, Franz-Ludwig
Duhme, Elke
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Geiger, Andrea
Grap, Valeska
Hamann, Maria
Heringloh-Poll, Norbert
Lehnert, Susanne, Dr.
Möllmann, Rolf
Ommen, Detlef
Schubert, David
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Vöcking, Knud
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Gausebeck, Marius
Heuermann, Wiebke
Lebek, Anika
Lummer, Petra
Oberliesen, Fabian
Raschke-Klose, Marion
Röttger, Kirsten
Schöppner, Nadine
Zumbült, Ulrike

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Schade, Janina
Wiesch, Ludger

Herr Strübbe eröffnet die Sitzung um 09.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 23.05.2025 form und fristgerecht versandt wurde.

I. Öffentlicher Teil

1.	**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**	

Auf Rückfrage meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

2.	**Bericht der Verwaltung**	

Frau Röttger beginnt mit dem Bericht der Verwaltung.

1. Bericht aus dem Inklusionsbeirat

Frau Röttger berichtet, dass am 03.04.2025 der Inklusionsbeirat getagt habe. Es gab folgende Tagesordnung:

1. Frau Fournier vom Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V. hat das Projekt "Inklusion vor Ort" der Stadt Warendorf vorgestellt.
2. Frau Tenambergen von der Selbsthilfe-Kontaktstelle hat die Selbsthilfe-Kontaktstelle Kreis Warendorf vorgestellt.
3. Frau Zumbült vom Sozialamt hat über den Sachstand „Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“ kurz berichtet.

Sie informiert darüber, dass aus dem Inklusionsbeirat der Wunsch kam, den „Wegweiser für Menschen mit psychischen Erkrankungen“ nicht nur digital zu veröffentlichen. Die Verwaltung prüfe aktuell die Umsetzung.

Der nächste Inklusionsbeirat sei für den 09.09.2025 geplant. Herr Dr. Mückener (Richter beim Betreuungsgericht Duisburg) werde zu den unterschiedlichen Themenkomplexen des Betreuungsrechts referieren.

2. Bericht aus der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege:

Frau Röttger berichtet, dass am 30.04.2025 die Kommunale Konferenz Alter und Pflege tagte. Der Träger „Caritas ambulante Dienste GmbH“ plane in Oelde die Errichtung einer Tagespflege mit 18 Plätzen und habe die Pläne vorgestellt.

Weiterhin sei der Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde vorgestellt worden, die Ombudspersonen Frau Ida Knecht und Herr Klaus Schäffer waren da und Frau Woltering vom Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz habe über die Arbeit der „Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW" berichtet.

Die nächste Kommunale Konferenz Alter und Pflege sei am 03.09.2025.

3. Engagementförderung Landesprogramm „2.000 x 1.000 €“ für das Engagement

Frau Röttger berichtet, dass das Land NRW seit 2021 Projekte und Ideen, die dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zuzuordnen sind und einen Mehrwert für das gesellschaftliche Miteinander darstellen fördert. Bewilligungsstellen seien die Kreise und kreisfreien Städte.

Der Anteil des Kreises Warendorf entsprechend der Einwohnerzahl beläuft sich auf 29.000 € für 29 Maßnahmen à 1.000 €. Der Antragsstart sei am 05.05.2025 erfolgt. Der Förderschwerpunkt 2025 sei „Engagiert in die Zukunft – junges Engagement fördern und neue Projekte gestalten“.

4. Telefonaktion „Gewinnung von Pflege(fach)kräften“ am 12.05.2025:

Am 12.05.2025 war der internationale Tag der Pflege. Frau Röttger berichtet, dass an diesem Tag die Telefonaktion „Gewinnung von Pflege(fach)kräften“ stattfand. Es seien 6 Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichen Bereichen dabei (stationäre und ambulante Pflege, Pflegeschule, Schule für Heilerziehungspflege, Jobcenter, Agentur für Arbeit) gewesen. Die Resonanz sei mit einem Anruf leider nicht sehr hoch gewesen. Trotzdem sei die Stimmung gut und alle seien der einhelligen Auffassung, dass man an dem Thema „dranbleiben“ müsse.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich für die Vorbereitung der Telefonaktion. Es sei eine wichtige Aktion, die sehr gut vorbereitet worden sei und man sollte dennoch dranbleiben.

5. Bürgerfest 18.05.2025:

Frau Röttger berichtet abschließend über das Bürgerfest am 18.05.2025. Auf dem Bürgerfest habe sich das Sozialamt mit einem Stand präsentiert. Als Blickfang habe es einen goldenen Rollator und ein Puppenhaus mit vielen Stolperfallen gegeben. Da das Sozialamt auch für den Bereich der Inklusion zuständig sei, wurden die Farben der Inklusion erläutert und bedruckte Notizblöcke sowie Buntstifte als Giveaway vorbereitet. Der Stand sei immer gut besucht und viele Besucherinnen und Besucher haben die Stationen vom Demenzparcours ausprobiert und ein Verständnis dafür bekommen, wie sich Situationen für an Demenz erkrankte Menschen anfühlen. Im Rahmen der Präsentation (Anlage 1) werden Fotos gezeigt.

Herr Oberliesen führt den Bericht der Verwaltung fort.

6. Bürgerfest 18.05.2025:

Herr Oberliesen berichtet über den Stand des Gesundheitsamtes beim Bürgerfest am 18.05.2025. Das Gesundheitsamt sei mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Medizinischen Dienstes, des Infektionsschutzes, des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes (KJGD), der Gesundheitsplanung und des Sozialpsychiatrischen Dienstes vertreten gewesen. Bürgerinnen und Bürger seien in Fragen der Gesundheit beraten worden. Bürgerinnen und Bürger konnten sich augenscheinlich von der Wirksamkeit der Händedesinfektion überzeugen und nahmen an einem maßgeschneiderten Quiz zum Thema HIV und sexuell übertragbare Erkrankungen teil. Darüber hinaus klärten die Mitarbeiterinnen der Gesundheitsplanung zum rich-

tigen Verhalten im Rahmen der Klimaveränderung zum Thema Hitzeschutz mit Hilfe eigens entwickelten und informell gestalteten Fächern zum Thema Hitzeschutz auf. Der Sozialpsychiatrische Dienst informierte durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller vier Dienststellen über vielfältige Unterstützungsangebote. Auch die jüngsten Bürgerinnen und Bürger konnten durch das Angebot des KJGD, das „Kinderschminken“, erreicht werden.

Frau Geiger (CDU) bedankt sich bei allen Beteiligten, dass das Bürgerfest so gut vorbereitet und durchgeführt worden sei. Es sei ein rundum gelungener Sonntag gewesen.

Herr Strübbe (CDU) bedankt sich ebenfalls für die gute Durchführung beim Bürgerfest, es sei auch bei der Bevölkerung gut angekommen.

7. Vereinbarung mit den Betreuungsvereinen:

Herr Oberliesen berichtet über die in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 21.11.2024 beschlossene Vorlage, die im Kreis Warendorf tätigen Betreuungsvereine Innosozial im Kreis Warendorf e.V., INI e.V. und SKM Lippstadt e.V. für die Jahre 2024 und 2025 mit einer jährlichen Fallpauschale in Höhe von bis 100 € pro im Kreis Warendorf durchgeführte rechtliche Betreuung zu unterstützen (Vorlage 214/2024).

Die Modalitäten der Abrechnung sowie weitere Aspekte der Zusammenarbeit seien zwischenzeitlich mit den Betreuungsvereinen abgestimmt worden; die daraus resultierende Vereinbarung sei unterzeichnet worden.
Die, auf der Basis der Fallzahlen von 2023, für 2025 berechneten Aufwendungen seien im Haushalt 2025 eingeplant. Ausgehend von 487 Fällen im Jahr 2023 beträgt der Ansatz 2025 insg. 48.700 €. Es bleibe abzuwarten, ob unter Berücksichtigung der Anpassungen des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes (VBVG) Anträge für den Haushalt 2026 gestellt werden.

3.	**Vorstellung des Aufgabengebiets der Amtsapothekerin im Gesundheitsamt**	**104/2025**

Frau Raschke-Klose stellt ihr Aufgabengebiet mittels einer Präsentation vor. Die Präsentation liegt als Anlage bei (Anlage 2).

Sie berichtet darüber hinaus, dass es in Sassenberg eine Apotheke gäbe, die zwar Amtsapotheke hieße, diese jedoch nichts mit dem Tätigkeitsfeld der Amtsapothekerin zu tun hätte, dort würden keine Amtsapotheker arbeiten.

Herr Strübbe bedankt sich für die Präsentation und die vielen Informationen.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich für die Vorstellung des Aufgabengebietes. In Ahlen gäbe es eine offizielle Krankenhausapotheke. Im Krankenhaus in Warendorf gäbe es auch eine Apotheke. Er bittet, die Unterschiede kurz zu erläutern.

Frau Raschke-Klose erklärt, dass in Warendorf eine Apotheke im Gesundheitszentrum ansässig sei. Die „Apotheke im Gesundheitszentrum“ ist eine öffentliche Apotheke, in der Medikamente erworben werden können. Viele Patienten der Arztpraxen im Gesundheitszentrum beziehen dort ihre Arzneimittel. Jedoch beliefert diese Apotheke nicht das Krankenhaus. Das Krankenhaus wird von einer Apotheke außerhalb des Kreises versorgt.

Herr Blömker (SPD) fragt nach, ob es im Kreis Warendorf in manchen Orten eine Rezeptsammelstelle gibt und wer diese betreiben dürfe.

Frau Raschke-Klose berichtet, dass es in Hoetmar eine Rezeptsammelstelle, einen sogenannten Rezeptebriefkasten, gäbe. Dieser würde von einer Apotheke, die sich darum beworben habe, werktäglich geleert. Die bestellten Arzneimittel würden an die Besteller geliefert werden. Sofern es unter den Apotheken mehrere Bewerber gäbe, würden diese eine zeitlich nacheinander gestaffelte Erlaubnis für die Sammelstelle erhalten.
Durch die Einführung von e-Rezepten würde der Bedarf an entsprechenden Briefkästen jedoch weniger werden. Hinzu komme, dass entsprechende Terminals, welche auf lange Sicht zur Verfügung stehen werden, die Briefkästen ablösen würden. Über die Terminals könne mittels dem e-Rezept das gewünschte Medikament bei einer bestimmten Apotheke bestellt werden.

Frau Raschke-Klose berichtet auf Rückfrage von Herrn Blömker (SPD), dass fast alle Apotheken im Kreis Warendorf einen Lieferdienst hätten und diese auch gut angenommen werden. Seit 2021 erhalten die Apotheken eine geringe Vergütung für die Auslieferung verschreibungspflichtiger Arzneimittel.

Herr Blömker (SPD) fragt abschließend nach, wie Frau Raschke-Klose die Lieferengpässe, über die viel in den Nachrichten berichtet worden sei, wahrnehmen würde.

Frau Raschke-Klose berichtet, dass, auch wenn es nicht zu ihrem originären Arbeitsbereich gehöre, sie durchaus von den Apothekern der Apotheken wahrnehmen würde, dass es in den Apotheken zum Teil ein großes Thema sei. Es nehme sehr viel Zeit in Anspruch, immer passende Alternativen zu finden.

Auf Rückfrage von Frau Geiger (CDU) erklärt Frau Raschke-Klose, dass Lachgas ein Problem sei, welches auch ihr bekannt sei. Es gäbe aktuell einen Gesetzesentwurf, welches die Abgabe an und den Erwerb und den Besitz von Lachgas für Minderjährige verbieten würde. In Holland sei es bereits verboten. Lachgas werde in sogenannten Sahne-Kapseln zur Verwendung in Sahnespendern vertrieben und entziehe sich dadurch dem Arzneimittelbereich und unterfiele stattdessen dem Lebensmittelbereich. Wünschenswert wäre es, den Verkauf einzuschränken und Minderjährige auszuschließen.

Herr Strohbücker (FDP) bedankt sich für die Vorstellung des sehr umfangreichen Aufgabengebietes. Er fragt nach, wie viele Arzneimittel/Betäubungsmittel sichergestellt werden würden.

Frau Raschke-Klose berichtet, dass dies kein Routinevorgang sei und es selten vorkäme.

Darüber hinaus fragte Herr Strohbücker (FDP) nach, wie viele Arzneimittel aus Holland importiert werden und ob es im Kreis Warendorf genehmigte Cannabisanbaustellen gäbe.

Frau Raschke-Klose berichtet, dass es in Holland andere Abgabe-Bestimmungen für Arzneimittel gäbe. Im grenzüberschreitenden Verkehr dürfe man grundsätzlich für den persönlichen Gebrauch Medikamente kaufen und einführen. Es werde von einem privaten Gebrauch gesprochen bei Medikamenten für die nächsten drei Monaten. Diese Menge müsse auch nicht angemeldet werden. Die Einfuhr von Medikamenten z.B. für die Nachbarin würde nicht unter den privaten Gebrauch fallen. Aktuell gäbe ihres Wissens nach bisher im Kreis Warendorf keine Anbaugenehmigung für Cannabis. Die Genehmigung fällt in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung. Sofern eine Genehmigung erteilt werden würde, würde dies jedoch nicht durch die Bezirksregierung veröffentlicht und der Ort des Anbaugebietes nicht öffentlich bekannt gegeben.

<u>Nachtrag:</u>
Die Anbauvereinigung muss nach Konsumcannabisgesetz gewährleisten, dass das innerhalb ihres Besitztums befindliche Cannabis, Cannabissamen und Stecklinge ausreichend gegen den Zugriff durch Kinder, Jugendliche und unbefugte Dritte geschützt ist.
Anbauvereinigungen dürfen ihr befriedetes Besitztum nach außen nicht durch werbende Beschilderungen oder andere auffällige gestalterische Elemente erkennbar machen. Eine sachliche Angabe des Namens der Anbauvereinigung am Eingangsbereich ist zulässig.
Anbauflächen und außerhalb von Innenräumen genutzte Gewächshäuser sind durch Umzäunung oder andere geeignete Maßnahmen gegen eine Einsicht von außen zu schützen.

4.	**Vorstellung des Projektes „Stärkende Lebenswelten für die seelische Gesundheit von Kindern“**	**102/2025**

Frau Anika Lebek stellt kurz sich und ihren Aufgabenbereich vor und berichtet anschließend über das Projekt „Stärkende Lebenswelt für die seelische Gesundheit“. Sie berichtet mittels einer Präsentation (Anlage 3).

Sie ergänzt zu Folie 9 der Präsentation, dass ab Herbst kurze Videosequenzen aufgenommen werden sollen, mit denen sich Interessierte individuell informieren könnten.

Herr Strübbe bedankt sich für die ausführlichen Informationen zu diesem wichtigen Thema.

Frau Geiger (CDU) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und erachtet es positiv, dass sich so viele Eltern melden und die Projekte in Anspruch nehmen. Schade sei es, dass so viele das Angebot benötigen. Sie fragt nach, ob noch weitere Kitas dazu kommen und ausgebildet werden könnten.

Frau Lebek erklärt, dass das Jugendamt die Kitas auswählen würde. Es können leider jährlich nur zwei Kitas ausgebildet werden. Es gäbe einen sehr hohen Bedarf und es ständen bereits Kitas aus dem Südkreis auf der Warteliste. Es werde auf eine individuelle Lösung gehofft, um die Weiterbildung so vielen Kitas wie möglich ermöglichen zu können. Da die Weiterbildung und die Lizenzen sehr teuer seien, könnten die finanziellen Mittel vom Kreis nicht selbst gestellt werden. Die Fördermittel vom Land seien für die Durchführung des Projektes notwendig.

Auf Rückfrage von Herrn Strübbe erklärt Frau Lebek, dass sie bereits beim LZG nach konkreten Zahlen gefragt hätte, das LZG jedoch keine Summen, wie teuer die Lizenzen wären, beziffern würde.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich für den informativen Bericht. Es sei ein sehr spannendes Projekt und der Bedarf der Eltern zeige auch die Notwendigkeit. Es sei ein Projekt, das einen sehr guten Arbeitsansatz habe und es sei wünschenswert, wenn es stetig fortgeführt werde. Es wäre wünschenswert, wenn die Kitas nach der Zertifizierung die Inhalte des Projektes intern auch eigenständig weitervermitteln könnten. Er fragt nach, ob der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises und die die entsprechenden Ausschüsse der anderen Jugendämter im Kreis Warendorf sich mit diesem Thema bereits befasst haben, falls nicht, würde er vorschlagen dieses Thema auch in den jeweiligen Ausschüssen vorzustellen.

Frau Lebek berichtet, dass die Kitas, die ausgebildet wurden, das Projekt anschließend eigenständig weiterführen könnten und die vermittelten Inhalte so nachhaltig auch weitergegeben werden können.

Herr Möllmann (CDU) befürworte den Onlineabend. Er fragt nach, ob alle Eltern erreicht werden würden, insbesondere diejenigen, die ansonsten eher zurückhaltend

seien. Er hinterfragt, ob die Eltern dadurch nicht zu sehr aus der eigenen Verantwortung genommen werden würden. Er bittet darum, die Frage bezüglich der Kosten im Protokoll nachzureichen.

Frau Lebek berichtet, dass für den Online-Elternabend natürlich eine gewisse digitale Kompetenz erforderlich sei. Bei den Elternabenden in Präsenz seien aber definitiv auch die Eltern dabei, welche man zum Teil gezielter erreichen möchte. Teils würden manche Eltern auch gezielt angesprochen werden. Das Thema „Hilfe zur Selbsthilfe“ sei ein großes Thema, weswegen die Eltern entsprechend geschult und weitergebildet werden würden. Die Erziehung würde nicht abgenommen werden, dies sei weiterhin Aufgabe der Eltern.

Auf Rückfrage von Herrn Möllmann (CDU) erklärt Frau Lebek, dass der Bedarf im Rahmen der Steuerungsgruppe mit den Kitas in vielen verschiedenen Gesprächen ermittelt werden würde.

Frau Duhme (CDU) berichtet, dass es in den Nachrichten zum Teil vermehrt Berichte über Kinder gäbe, die sich bereits im jungen Alter radikalisieren würden. Sie fragt nach, ob auch dieses Thema thematisiert werden würde oder ob die Kinder dafür noch zu jung seien oder es in einen anderen Bereich gehöre.

Frau Lebek erklärt, dass dies in den Aufgabenbereich des kommunalen Integrationszentrums gehöre, zu dem auch ein enger Kontakt und Austausch bestünde.

Herr Strübbe bedankt sich und bittet um Nachreichung einer Kostenübersicht im Protokoll.

<u>Nachtrag:</u>
Nach erneuter Anfrage teilte das LZG mit, dass eine konkrete Fördersumme für das Projekt „Stärkende Lebenswelten für die seelische Gesundheit von Kindern“ im Kreis Warendorf nicht zu beziffern sei, da die Mittel von unterschiedlicher Seite (sowohl von der gesetzlichen Krankenversicherung als auch vom Land NRW) eingebracht werden und es viele verschiedene Kostenposten für die teilnehmenden Kreisen gibt.

5.	**Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde**	**092/2025**

Frau Hano berichtet über die Vorlage mittels einer Präsentation. Die Präsentation liegt als Anlage bei (Anlage 4).

Herr Schubert (CDU) fragt nach, ob es möglich sei, die längerfristige Entwicklung der Beschwerden mit ins Protokoll aufzunehmen.

Frau Hano erklärt, dass die Anzahl der Beschwerden in den vergangenen Jahren leicht gestiegen sei. Durch die Coronazeit seien die Zahlen zum Teil schwer vergleichbar. Sie werde verschiedene Zahlen zum Protokoll geben.

Auf Rückfrage von Herrn Schubert (CDU) berichtet Frau Hano, dass die Prüfberichte über die Knappschaft an den medizinischen Dienst weitergegeben werden und ebenfalls an den LWL. Die verschiedenen Instanzen würden sich untereinander austauschen und die Einrichtungen entsprechend informiert bzw. ermahnt.
Aktuell würden Beschwerden persönlich, über die Heime oder per Mail/per Post vorgetragen und daraufhin bearbeitet werden. In Onlineforen oder ähnlichem werde nicht proaktiv nach möglichen Beschwerden gesucht.

Herr Blömker (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er berichtet, dass der Begriff „Beschwerde“ sich in den vergangenen Jahren zum Teil geändert habe, aber es diese ja bereits immer gegeben hätte.

Auf die Frage von Herrn Blömker (SPD) bezüglich der WLAN-Ausstattung in den Heimen für die Bewohner erklärt Frau Hano, dass alle Heime WLAN für die Bewohner zur Verfügung stellen würden, sowohl in den Zimmern als auch in den Gemeinschaftsräumen.

Herr Blömker (SPD) berichtet von der sehr positiven Vorstellung der Ombudspersonen in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege. Er sei sehr beeindruckt gewesen, wie engagiert diese ihre Arbeit wahrnehmen würden.

Auf Rückfrage von Herrn Strohbücker (FDP) erklärt Frau Hano, dass bei den auf Folie 10 genannten 125 Einrichtungen alle Einrichtungstypen vertreten seien. Eine Differenzierung sei schwierig. Sofern bei der Überprüfung von Beschwerden gravierende Mängel festgestellt würden, würde auch ein Belegungsstopp erteilt werden. Sobald dies der Fall sei, würde die betroffene Einrichtung im Nachgang auch häufiger kontrolliert werden.

Herr Strübbe fragt nach, ob die Ombudspersonen die Zahlen, wie häufig sie benötigt werden, an den Kreis übermitteln würden.

Frau Hano erklärt, dass sie im engen Kontakt mit den Ombudspersonen stünde und unter Berücksichtigung des Vertrauens- und Datenschutzes auch informiert werden würde. Inhaltliche Informationen erhalte sie nur, wenn der Sachverhalt in den Bereich der Heimaufsicht gehöre und diese handeln müsse.

Frau Röttger erklärt, dass Beschwerden ein wichtiger Aspekt für die Arbeit der Heimaufsicht seien. Durch die reguläre Prüfung alle zwei bzw. drei Jahre könnten nicht alle eventuell vorhandenen Missstände ermittelt werden, sondern nur stichprobenartig Situationen überprüft werden. Sofern eine Einrichtung häufiger (negativ) auffallen würde, würde diese enger beobachtet werden. Die meisten Einrichtungen würden jedoch keine Probleme bereiten.

Nachtrag:

	2017	***2018***	***2019***	***2020***	***2021***	***2022***	***2023***	***2024***
Anzahl an Beschwerden	*38*	*47*	*51*	*101*	*87*	*97*	*82*	*94*
Betroffene Wohn- und Betreuungsangebote	*15*	*17*	*21*	*28*	*24*	*26*	*22*	*30*
	2017	***2018***	***2019***	***2020***	***2021***	***2022***	***2023***	***2024***
Anzahl der Wohn- und Betreuungsangebote (ohne Werkstätten)	*88*	*90*	*99*	*107*	*115*	*121*	*123*	*125*
*Anzahl der Plätze**		*3.803*		*4.010*		*4.314*		*4.398*

**Die Platzzahlen werden im Rahmen des Tätigkeitsberichtes alle 2 Jahre zum Stichtag 31.12. ermittelt.*

6.	**Sachstandbericht zur aufsuchenden Seniorenberatung "Besser jetzt - gut beraten ins Alter"**	**106/2025**

Frau Röttger berichtet über den aktuellen Sachstand zur aufsuchenden Seniorenberatung „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“. Das Projekt sei 2017 in Everswinkel gestartet und am 19.05.2025 sei zuletzt die Stadt Beckum hinzugekommen. Ziel sei es, dass irgendwann alle Städte und Gemeinden des Kreises teilnehmen.

Frau Schöppner berichtet zu diesem Thema aus der Praxis. Seit dem Start in Beckum vor ca. zwei Wochen hätten schon mehrere Beratungen stattgefunden. Dies zeige, dass Bedarf vorhanden sei und das Angebot gut angenommen werde würde. Hauptsächlich würden sich Bürger aus der Altersgruppe der 80- bis 85-jährigen melden. Es gäbe klassische Fragen, aber auch individuelle Fragen. Eine häufige Frage sei, wie möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit verblieben werden könne und was man dafür machen sollte bzw. welche Hilfsmittel es gäbe. Vielen sei zum Beispiel nicht bewusst, dass man auch ohne einen Pflegegrad Hilfsmittel beantragen könne. Häufig würde auch nach Organisationen oder Vereinen gefragt, bei denen Gleichgesinnte aktiv seien. Erfreulich sei, dass auch noch nach Jahren sich Ratsuchende melden, wenn sie ein konkretes Problem haben und sich Unterstützung wünschen.

Herr Strübbe bedankt sich für die Berichterstattung und betont, dass eine Fortführung für die Zukunft gut und wichtig sei.

Herr Blömker (SPD) fragt nach, ob es konkrete Zahlen gibt, die Aufschluss darüber gegeben, inwiefern sich dieser präventive Ansatz finanziell in Form von Einsparungen bemerkbar mache. Zu Beginn des Projektes sei damals berichtet worden, dass sich der präventive Ansatz „recht schnell ausgezahlt hätte“ – Gibt es dazu inzwischen belastbare Zahlen?

Frau Röttger berichtet, dass dies schwer zu ermitteln sei. Ziel sei es in erster Linie, frühzeitig agieren zu können und den Aufenthalt zu Hause so lange wie möglich zu ermöglichen. Dadurch reduziere sich in der Regel der Heimaufenthalt, aber dies ließe sich nicht konkret bemessen, da die Fälle zu individuell seien. Es sei auch ein Gewinn, wenn sich Bürger nach Jahren noch melden und die Pflege- und Wohnbebauung angefragt würde, weil sie gut in Erinnerung geblieben sei.

Auf Rückfrage von Herrn Vöcking (FRAKTION) berichtet Frau Schöppner, dass die Seniorinnen und Senioren auch über finanzielle Leistungen außerhalb der Kranken- und Pflegekassenleistungen informiert werden. Dazu würden auch Themen wie mögliches Wohngeld, Grundsicherung, Schwerbehinderungsleistungen etc. zählen. Sofern gewünscht, würde auch der entsprechende Kontakt hergestellt werden.

7.	**Aktualisierung des Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus**	**084/2025**

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet über das Kreisentwicklungsprogramm. 2012 sei mit dem Kreisentwicklungsprogramm gestartet worden. Nachdem es 2019 bereits eine Aktualisierung gab, wurde das Programm nun erneut überarbeitet. Das neuste Programm „2030plus“ bestünde aus fünf Handlungsfeldern. Zu jedem Handlungsfeld gäbe es ein Leitprojekt und zu jedem Leitprojekt verschiedene Teilprojekte. Die Projekte, die diesen Ausschuss betreffen würden, sind auf der Folie 2 der Präsentation (Anlage 6): „care4future“, „Zukunft der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf“, „Stärkende Lebewesen für die seelische Gesundheit von Kindern“, „Bewegungsförderung von Kita-Kindern“ sowie „Digitale Pflegeberatung“:

Frau Röttger und Frau Lummer wechseln sich bei der Vorstellung der Präsentation (Anlage 6) ab.

Frau Duhme (CDU) fragt nach, wie groß der Aufwand für einen Kindergarten sei, sich zertifizieren zu lassen und wie teuer das Zertifikat sei. Frau Lummer erklärt, dass es sich bei der Zertifizierung um eine mehrmonatige, intensive Schulung handele und dafür die Kooperation mit einem Sportverein nötig sei. Das angesprochene ein- oder zweitägige Seminar sei dagegen als reines Fortbildungsangebot nicht so umfangreich und weniger zeitaufwendig.

Frau Lummer erklärt auf Rückfrage von Herrn Strübbe, dass es im Kreis aktuell 35 Kindergärten gäbe, die sich zum „Anerkannten Bewegungskindergarten“ zertifizieren lassen haben.

Frau Grap (Grüne) betont, dass aus entwicklungspädagogischer Sicht die Bewegungsförderung eine wichtige Maßnahme sei, da es immer mehr Kinder mit motorischen Einschränkungen gäbe. Das Programm der Bewegungsförderung sei sehr wichtig und es sei sehr schön, dass der Kreis da so viel Energie dransetze.

Herr Strübbe betont, dass es wünschenswert wäre, wenn es mehr Kapazitäten gäbe, sodass mehr Kitas zertifiziert werden könnten.

Frau Geiger (CDU) regt an, das Thema bezüglich der medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich im nächsten Ausschuss noch einmal ausführlich zu thematisieren. Herr Strübbe schließt sich dieser Bitte an.

Beschlussvorschlag:

Der Aktualisierung und Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramms „WAF2030plus – Mit Sicherheit Zukunft“ wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 16 Nein 1

8.	**Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.05.2025 - Zusätzlicher Standort zur Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege**	**108/2025**

Frau Geiger (CDU) berichtet über den Antrag und bittet, dass neben Warendorf und Ahlen auch in Beckum ein Netzwerk initiiert werden soll.

Frau Eickmeier (FWG), Herr Blömker (SPD) und Frau Grap (Grüne) bedanken sich für den Antrag und sagen ihre Unterstützung zu. Es sei ein sehr wichtiges Thema und ein Zugewinn für das Krankenhaus und alle umliegenden Einrichtungen. Jeder neue Standort würde dem Netzwerk und auch dem Pflegekräftenachwuchs dienen.

Frau Röttger begrüßt den Antrag und die Unterstützung aller Fraktionen sehr und freue sich über den Erfolg des Projektes, da dies die Wichtigkeit verdeutlichen würde. Die bisher erhaltenen Rückmeldungen seien sehr gut. Nach entsprechendem Beschluss würde sie Kontakt zur zentralen Vergabestelle aufnehmen, damit die Umsetzung beginnen könne.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Enthaltung 1

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Strübbe um 11.30 Uhr die Sitzung.

Robert Strübbe
Vorsitz

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin